

MICHAEL SCHLECHT

DEUTSCHLAND GEFÄHRDET EUROPA

**WIE ES SO WEIT KOMMEN KONNTE UND
WAS DAGEGEN GETAN WERDEN MUSS**

«Die Eurokrise ist vor allem eine Staatsschuldenkrise», so Kanzlerin Merkel. Es gäbe zu viele Staaten, die schlicht über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Merkels Rezept: Kürzen auf Teufel komm raus. Die deutsche Schuldenbremse ist mit dem Fiskalpakt in verschärfter Form nach Europa exportiert worden. Eine Neuverschuldung ist nur noch in minimaler Höhe erlaubt und die Schuldenstandsquote von höchstens 60 Prozent muss in allen Ländern in den nächsten 20 Jahren erreicht werden.

Mit diesen mechanischen Kürzungsvorschriften droht der europäische Sozialstaat zu Grabe getragen zu werden. Die wirtschaftliche Entwicklung wird massiv stranguliert. Die deutsche Politik ist so zur größten Gefahr für die Eurozone und für Europa geworden. Wie konnte es zu diesem «Triumph gescheiterter Ideen» (Lehndorff) kommen, der Europa immer weiter ins Elend stürzt? Was muss getan werden, um die Austeritätspolitik zu stoppen?

WIE ES SO WEIT KOMMEN KONNTE

Verhängnisvoll ist, dass nicht nur Merkel mit ihrer schwarz-gelben Regierungskoalition für den Kurs rigoroser Kürzungen – der Austerität – steht, sondern auch die SPD und die Grünen alle Beschlüsse, die massive Austeritätsforderungen als Bedingung für Kredite beinhalteten, weitgehend mitgetragen haben. Nur DIE LINKE hat diesen verhängnisvollen Weg konsequent kritisiert und abgelehnt.

Die Austeritätspolitik umfasst immer zwei Schritte. Zum einen werden die Ausgaben der Staatshaushalte zusammengestrichen. Betroffen sind davon vor allem EmpfängerInnen von sozialen Leistungen, wie RentnerInnen, und Staatsbeschäftigte, deren Gehälter gekürzt werden und deren Anzahl gesenkt wird. Zum anderen werden die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte auch in der privaten Wirtschaft verschlechtert. Zu dem Arsenal der Maßnahmen gehören verschiedene Formen der Deregulierung: die Ausweitung von Leiharbeit, Werkverträgen und Befristungen sowie die Einschränkung des Gewerkschafts- und Tarifrechts. Mindestlöhne werden wie in Deutschland gänzlich verweigert oder sie werden reduziert. Der Kündigungsschutz wird verschlechtert. Generell wird die Lebenssituation der Beschäftigten unsicherer, sie werden eingeschüchtert und diszipliniert. Das Resultat: Die Löhne, gerade auch in der Privatwirtschaft, sinken.

Die deutsche Politik hat dies mit der Agenda 2010 vorgebracht: Reallohnsenkungen von drei Prozent zwischen 2000 und 2009 waren zu verzeichnen. Merkel, ihre Regierungsko-

alition, in großen Teilen auch SPD und Grüne sehen das deutsche Modell mit seinem Lohndumping als Vorbild.

Rettungsringe aus Blei

Das erste Land, das seine überbordende Verschuldung nicht mehr alleine stemmen konnte, war *Griechenland*. Die Europäische Union (EU) und der Internationale Währungsfonds (IWF) einigten sich im Mai 2010 auf einen ersten Kredit in Höhe von 110 Milliarden Euro, verteilt auf drei Jahre, weitere folgten. Der IWF war auf Drängen von Merkel mit ins Boot geholt worden. Seit Jahrzehnten ziehen die Experten des IWF, insbesondere in der sogenannten Dritten Welt, eine Blutspur der sozialen Grausamkeiten durch Austerität hinter sich her. Diese «Expertise» wollte Merkel. Griechenland musste mehrere «Rettungsringe aus Blei», also massive Austeritätsprogramme akzeptieren.

Ursprünglich ging die Regierung davon aus, dass Griechenland im Jahr 2011 saniert ist. Die diktierte Austeritätspolitik führte jedoch erst in die eigentliche Katastrophe. Selbst die Hoffnung, dass sich das Land im Jahr 2016 wieder am Kapitalmarkt finanzieren kann, dürfte trügen. Griechenland leidet mittlerweile im fünften Jahr in Folge unter einem Einbruch der Wirtschaft. Seit 2008 ist die Wirtschaftsleistung um mehr als 25 Prozent zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit ist auf 27 Prozent gestiegen. Besonders betroffen sind junge Leute: Zwei Drittel von ihnen sind ohne Job. Die Verbrauchsteuern wurden erhöht, Benzin zum Beispiel um zehn

Prozent. Die Mehrwertsteuer erhöhte die Regierung von 21 auf 23 Prozent.

Im öffentlichen Dienst wurden rund neun Prozent der Beschäftigten entlassen; mehr als 80.000. Weitere Zehntausende sollen folgen. Die verbleibenden Beschäftigten mussten Lohneinbußen von bis zu 50 Prozent hinnehmen. Auch im Privatsektor wurden die Löhne massiv unter Druck gesetzt. Durch den nun geltenden Vorrang von Haus- vor Branchentarifverträgen werden die Beschäftigten verschärft gegeneinander ausgespielt. Der Kündigungsschutz wurde entwertet. Die Entrechtung der Beschäftigten zeigt Wirkung, die Löhne sanken in den Keller. Der Reallohnverlust seit 2009 beträgt 17 Prozent.

Das zweite Land, das im Mai 2011 unter die Knute der Troika kam, war *Portugal*. Auch diesem Land wurden tief greifende Kürzungsprogramme aufgehehrt. Die Krise verschärfte sich massiv. Die Wirtschaftstätigkeit brach 2012 mit einem Minus von 3,2 Prozent doppelt so stark ein wie 2011. Die sozialen Folgen sind dramatisch. Die Arbeitslosenquote stieg auf 18 Prozent, bei jungen Leuten auf fast 40 Prozent. Die Sozialausgaben steigen und die Steuereinnahmen gehen zurück. Jüngst hat das Verfassungsgericht bestimmte Kürzungen bei BeamtenInnen und RentnerInnen sowie die Abgaben auf Arbeitslosenhilfe und Krankengeld als verfassungswidrig erklärt. Die ausfallenden 1,8 Milliarden Euro will die Regierung in Vasallentreue in den Bereichen soziale Sicherheit, Bildung und Gesundheit wegekürzen. Portugal wird sich nicht – wie von der Troika «geplant» – 2014 wieder am privaten Kapitalmarkt refinanzieren können. Vielmehr dürfte das nächste «Rettungspaket» mit einer weiteren Verschärfung der Kürzungsaufgaben anstehen.

Griechenland und Portugal wurde die Austeritätspolitik gewaltsam von der Troika und der dahinterstehenden deutschen Regierung aufgezwungen, weil ihnen sonst die «Hilfskredite» nicht gewährt worden wären. Aber auch in Ländern wie Italien und Spanien, die nicht unter der unmittelbaren Knute der Troika stehen, wurden von den jeweiligen Regierungen massive Austeritätsprogramme aufgelegt. Sie haben aus Furcht vor den Finanzmärkten reagiert und sich den Regeln des europäischen Fiskalpaktes und dem Druck der Europäischen Zentralbank gebeugt.

In *Italien* hat die Regierung Monti mit massiven Kürzungen die wirtschaftliche Rezession verschärft. 2012 ging die Wirtschaftsleistung um 2,4 Prozent ins Minus, für 2013 ist ein weiterer Rückgang um 1,3 Prozent prognostiziert. Die drittgrößte Ökonomie der Eurozone steckt damit in der längsten Rezession seit 20 Jahren. Seit 2008 ist die Industrieproduktion um rund ein Viertel eingebrochen. Auch hier gilt: Steuereinnahmen sinken, Sozialausgaben steigen – obwohl sie bereits gekürzt wurden –, sodass sich die staatliche Neuverschuldung erhöht. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 12 Prozent, die der Jugend bei nahezu 40 Prozent. Die Staatsverschuldung beträgt mittlerweile 130 Prozent und ist damit nach Griechenland die zweithöchste in der Eurozone.

Auch in *Spanien* kürzt die Regierung beständig weiter, trotz wegbrechender Ökonomie. Die Arbeitslosigkeit ist mit 27 Prozent dramatisch, bei den jungen Leuten liegt sie bei fast 60 Prozent.

Weil die Folgen der Kürzungspolitik die Staatsausgaben in die Höhe treiben, werden die Haushalte insgesamt be- und nicht entlastet. Das Defizit wird 2013 auf knapp sechs Prozent anwachsen und die Staatsverschuldung sich in Richtung der 100-Prozentmarke bewegen.

Staatsschulden – wegen Banken- und Konjunkturrettung

Vor Beginn der großen Krise 2007 stiegen europaweit in den meisten Ländern die Staatsausgaben nicht stärker an als das Sozialprodukt. In den heutigen Krisenländern Spanien und Irland schrumpften sogar die Lasten der Staatsverschuldung gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Erst als die europäischen Krisenmanager unter Führung von Merkel und Sarkozy die Verluste der Banken sozialisierten, explodierten die öffentlichen Schulden. Darüber hinaus mussten die Staaten in der Krise teure Konjunkturpakete schnüren und Arbeitslosigkeit finanzieren.

Die Bankenrettungen und die Konjunkturprogramme in Europa finanzierten die Regierungen auf Pump. In den Jahren 2008 bis 2011 wurden 4,5 Billionen Euro zur Stützung der Banken genehmigt. In der EU stiegen die Staatsschulden in diesem Zeitraum um 24 Prozent. Ein Anstieg um 3,2 auf 10,5 Billionen Euro. Die Schuldenquote erhöhte sich von 59 auf 83 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In Spanien verdoppelte und in Irland verfünffachte sich die Schuldenquote. Nur weil die Wall Street und Frankfurter City die Folgekosten des Erdbebens an den Finanzmärkten auf die Öffentlichkeit abwälzen konnten, stecken die staatlichen Retter jetzt im Schuldensumpf.

Auch in Deutschland steigen die Staatsschulden. Unter einer schwarz-gelben Regierung! Für Bankenrettungen und Bewältigung der Finanzkrise wurden seit 2008 knapp 400 Milliarden Euro ausgegeben, sodass die deutschen Staatsschulden massiv auf jetzt 2,1 Billionen Euro aufgebläht wurden. Die Steuergeschenke an Reiche und Konzerne aus den Jahren 2001 bis 2011 belaufen sich zusammengerechnet auf rund 600 Milliarden Euro.

Staatsschulden – wegen Außenhandelsdefiziten

Die Handelsbeziehungen in Europa sind seit Einführung des Euro ungleicher geworden. Seit 2002 weist Deutschland immer dramatischere Leistungsbilanzüberschüsse aus. Bis 2012 haben sich diese auf 1,4 Billionen Euro summiert. Neben Deutschland gibt es nur noch die Niederlande und einige kleinere Euroländer, die auch regelmäßig mit Überschüssen aufwarten können.

Viele Länder in der Eurozone gehören mittlerweile zu den Defizitländern bei der Leistungsbilanz. Bei einigen waren diese Defizite bei Einführung des Euro unbedeutend, so zum Beispiel bei Italien. Andere Länder wie Frankreich hatten zunächst noch einen Überschuss. Aber selbst bei unserem westlichen Nachbarn ist die Leistungsbilanz seit 2005 ins Minus gerutscht.

Verkauft ein Land – so wie Deutschland – dauerhaft mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland, als es von dort einkauft, führt dies spiegelbildlich in den Ländern, die mehr Waren und Dienstleistungen importieren als exportieren, zu einer immer größeren Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen.

Wenn sich Unternehmen und private Haushalte im Ausland aber immer mehr verschulden, haftet am Ende der Staat. Wenn viele Kredite faul werden, kommt es zu Bankenkrisen und in deren Folge zu einer sinkenden Wirtschaftsleistung und geringeren Steuereinnahmen. Der Staat muss mehr für die Konjunktur tun, da BürgerInnen und Unternehmen das Wasser bis zum Hals steht. So führten die Defizite in der Außenhandelsbilanz bei vielen Ländern der Eurozone zu einem Anstieg der Staatsverschuldung.

Mit Lohnkürzungen wettbewerbsfähig werden?

Die Diagnose für den herrschenden Mainstream, vor allem für Merkel, war und ist klar: Die Länder mit Außenhandelsdefiziten sind nicht ausreichend wettbewerbsfähig. Deutschland habe mit der Agenda 2010 vorgemacht, wie Wettbewerbsfähigkeit mit hohen Außenhandelsüberschüssen erreicht werden kann.

Nach diesem Vorbild wurden mit der europaweiten, vor allem in den südlichen Ländern durchgesetzten Austeritätspolitik die Löhne gesenkt. Dies führte zu einer Verbesserung der Wettbewerbsposition, sodass die Exporte stiegen. Gleichzeitig wurden mit den Lohn- und Sozialkürzungen aber auch die Nachfrage und die Kaufkraft massiv beschnitten, sodass auch die Importe sanken. In dieser Scherenbewegung zwischen tendenziell steigenden Exporten und stagnierenden beziehungsweise sinkenden Importen wurden die Leistungsbilanzdefizite verringert. Die Handelsbilanz – in der Waren und Dienstleistungen erfasst werden – weist für Länder wie Italien und Spanien 2012 sogar zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder einen Außenhandelsüberschuss aus.

Einzige Ausnahme ist Frankreich, das sich dem deutschen Kürzungsdiktat noch nicht gebeugt hat. Bei unserem westlichen Nachbarn sind die Defizite 2012 in etwa genauso hoch wie in den Jahren zuvor. Deshalb werden der französischen Politik, insbesondere von deutscher Seite, weitreichende «Strukturreformen», vor allem des Arbeitsmarktes à la Agenda 2010, empfohlen. Dies sind Ratschläge, die Frankreich und damit Europa noch weiter in die Rezession führen. Am Beispiel von Italien, Spanien und anderen Ländern zeigt sich dies deutlich: Sie haben zwar ihre Außenhandelsposition verbessert, der Preis dafür ist jedoch eine strangulierte Wirtschaft und eine Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau.

Bis 2011 stieg die Verschuldung der Krisenländer durch das Außenhandelsdefizit und die Bankenrettung. Seitdem steigt sie weiter durch die Rezession. So bleibt die Neuverschuldung gemessen an den Anforderungen des Fiskalpakts weiter viel zu hoch. Ob 2013 wirklich ein Rückgang zu verzeichnen sein wird, wie es die EU-Kommission prognostiziert, bleibt abzuwarten. Viele Vorhersagen haben sich in der Vergangenheit als zu optimistisch erwiesen.

Wenn die deutsche Regierung weiter mithilfe der Brüsseler Lohnkeule auf die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten eindrischt, drohen auch Rückwirkungen für die Beschäftigten in Deutschland. Wenn zum Beispiel Spanien die Löhne im öffentlichen Sektor und dann in der ganzen Wirtschaft beschränkt oder sogar kürzt, wird sich die Wettbewerbsposition Spaniens gegenüber Deutschland verbessern. Dann besteht die Gefahr, dass Beschäftigte und ihre Betriebsräte hierzulande unter Druck gesetzt werden – etwa mit dem Argument nachlassender Absatzchancen. Oder Belegschaften werden mit der Drohung erpresst, Betriebe beispielsweise nach Spanien zu verlagern. Damit wird der Lohnsenkungs- und Sozialdumpingwettlauf in ganz Europa angeheizt.

Europa wettbewerbsfähigster Kontinent?

Mit der Verringerung der Außenhandelsdefizite der Krisenländer baut die Eurozone als Ganzes immer höhere Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber dem Rest der Welt auf. 2012 betrug dieser Überschuss 220 Milliarden Euro; ein Anstieg um nahezu das Dreifache gegenüber 2011. Die Überschüsse machen bereits zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der gesamten Eurozone aus.

Das Problem: Da die Welt noch nicht mit dem Mars oder anderen Galaxien Handel treibt, sind die Exporte und Importe der Welt insgesamt immer ausgeglichen. Wenn Europa, so wie heute Deutschland, einen beständigen Außenhandelsüberschuss erzielen würde, müssten andere Regionen der Welt ein beständiges Defizit hinnehmen – und sich letztlich gegenüber Europa immer stärker verschulden. Gerade die Eurokrise zeigt, dass diese Rechnung nicht aufgeht, sondern über kurz oder lang zu einer Weltwirtschaftskrise führt. Das ist das Ergebnis, wenn Merkels Strategie zu Ende gedacht wird.

Ursachen der Ungleichgewichte

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist in einem Währungsraum ohne Wechselkursanpassung neben den Löhnen die Steigerung der Produktivität entscheidend. Die Ökonomen fassen beides in den Lohnstückkosten zusammen. Von 2000 bis 2012 sind sie im Durchschnitt in der Eurozone (ohne Deutschland) um 28 Prozent gestiegen, in Deutschland lag der Anstieg gerade einmal bei neun Prozent! Daraus folgt, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gemessen an den Lohnstückkosten gegenüber den anderen Ländern um nahezu 20 Prozentpunkte verbessert hat.

Die Entwicklung der Produktivität in der Eurozone ist nicht entscheidend für das Auseinanderdriften der Lohnstückkosten. Der Anstieg seit 2000 lag bei allen Krisenländern des Südens, Frankreich und Deutschland relativ dicht bei 13 bis 15 Prozent. Einzig Italien fällt aus dieser Entwicklung heraus: Dort ist nur ein Anstieg der Produktivität von drei Prozent für die letzten zwölf Jahre zu verzeichnen. Entscheidend für die sehr geringe Steigerung der deutschen Lohnstückkosten ist die deutsche Lohnentwicklung. Der Reallohn durchschnittlich verdienender Beschäftigter fiel seit 2004 durch die Umsetzung der Agenda 2010 und die Ausweitung des Hunger- und Niedriglohnbereichs kontinuierlich. Selbst unter Berücksichtigung der leichten Lohnsteigerungen der letzten Jahre beträgt das Minus gegenüber dem Jahr 2000 immer noch rund ein Prozent. Die Beschäftigten verdienen im Durchschnitt also weniger als vor zwölf Jahren – trotz Anstieg der Produktivität. Wäre diese berücksichtigt worden bei den Erhöhungen, müssten die durchschnittlichen Löhne in Deutschland heute um rund 15 Prozent höher liegen. Rund eine Billion Euro Einkommen und damit letztlich auch Kaufkraft wurde den Beschäftigten vorenthalten. Sie floss in die Kassen der Unternehmen, der Banken und der KapitaleigentümerInnen.

Deutschland war bei der Lohnentwicklung bis 2010 Schlusslicht in Europa. In Frankreich lag der Anstieg bei elf Prozent und in Spanien bei neun Prozent. Skandalös am Lohndumping in Deutschland ist darüber hinaus, dass insbesondere Menschen betroffen sind, die ohnehin nicht viel verdienen. Den unteren 40 Prozent der EinkommensbezieherInnen wurden im Vergleich zu 2000 Lohnkürzungen von zehn bis 20 Prozent zugemutet.

1,5 Billionen Euro Exportüberschuss seit 2000

Das Lohndumping hat einen doppelten Effekt. Zum einen haben die Unternehmen relativ niedrige Arbeitskosten im Vergleich zu den Wettbewerbern in anderen Ländern. Wenn das auch nicht in jedem Betrieb in vollem Ausmaß der Fall ist, so ergeben sich diese Vorteile auch aufgrund niedriger Arbeitskosten bei den Vorprodukten oder bei den Dienstleis-

tungen. Diese erhebliche Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in Verbindung mit dem zugrunde liegenden hohen technologischen Stand hat die dramatische Ausweitung der Exporte bewirkt. Lag zu Beginn der 1990er Jahre der Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt noch bei etwas mehr als 20 Prozent, so wurde er seitdem mehr als verdoppelt und liegt heute bei 50 Prozent.

Der zweite Effekt des Lohndumpings besteht in einer massiven Dämpfung des privaten Konsums um eine Billion Euro. Zudem wurden die staatlichen Ausgaben beschnitten. Beides bewirkte eine sehr schwache Entwicklung der Binnennachfrage und einen geringen Anstieg der Importe. Während in den 1990er Jahren die Importe noch Schritt hielten mit dem Anstieg der Exporte, fielen sie im letzten Jahrzehnt deutlich zurück. So öffnete sich zwischen Exporten und Importen eine immer größere Schere. Der Außenhandelsüberschuss mit Waren und Dienstleistungen erreichte im Spitzenjahr 2007 170 Milliarden Euro. Nach dem krisenbedingten Rückgang 2009 lag er bereits 2010 wieder bei rund 140 Milliarden Euro und erreichte 2012 150 Milliarden Euro. Die entstandene Lücke ist so groß, dass der Außenhandelsüberschuss von 2000 bis 2012 in der Summe rund 1,5 Billionen Euro beträgt.

Euro-Dollar-Wechselkurs

Das deutsche Lohndumping verschlechterte indirekt die Wettbewerbsfähigkeit der anderen Mitglieder der Eurozone. Der deutsche Exportüberschuss gegenüber den Ländern außerhalb der Eurozone stieg zwischen 2000 und 2012 um stattliche 380 Prozent. Die Überschüsse führen unter anderem zu einer Steigerung des Euro-Dollar-Wechselkurses, weil die deutschen Unternehmen die Dollar-Exportertlöse in Euro umtauschen.

Je teurer der Euro gegenüber dem Dollar wurde, desto teurer wurden griechische, spanische, portugiesische und italienische Waren im Dollarraum. Das ist unter anderem deshalb so fatal, weil diese Länder größtenteils einfache Waren exportieren, deren Nachfrage auf Preisänderungen sensibel reagiert.

Fazit: Für Deutschland war und ist der Außenwert des Euro zu billig und gerade für die Krisenländer zu teuer. Würde Deutschland dagegen durch eine höhere Binnennachfrage mehr importieren, würde sich die Nachfrage nach anderen Währungen erhöhen und der Wechselkurs wäre für die Situation in Deutschland und in anderen Ländern angemessener. So aber wurden die Ungleichgewichte verstärkt und die Verschuldung der Krisenländer im Ausland in die Höhe getrieben.

Faktisch hat Deutschland von den Außenhandelsdefiziten der anderen Länder profitiert. Die Unternehmen konnten sich hinter dem Berg an Defiziten der südlichen Länder verschanzen und aus vollen Rohren in die ganze Welt exportieren, ohne dass dies den Euro entsprechend verteuerte. Das wirkte wie eine Subvention für den deutschen Exportsektor.

Das große Risiko: Kollaps des Euro

Gerade mit der massiven ökonomischen Krise der EU, vor allen in den südlichen Euroländern, wachsen die Risiken eines Kollapses des Euro. Die kleineren Länder wie Griechenland, Irland und Portugal konnten noch von der EU finanziell aufgefangen werden. Richtig gefährlich wird es, wenn ein größeres Land wie Italien, Spanien oder sogar Frankreich grundlegende Probleme bekommen sollte. Bricht in unkont-

rollierter Weise die Währungsunion auseinander und kommt es zu neuen nationalen Währungen, sind die Folgen gerade auch für Deutschland dramatisch: Eine neue deutsche Währung würde abrupt um 30 bis 40 Prozent, manche schätzen sogar 50 Prozent, aufwerten. Schlagartig wäre die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile der deutschen Exportwirtschaft dahin.

Die konkreten Folgen, die drohen, sind schwer abzuschätzen. Geht man von einer Aufwertung um 30 Prozent aus, so müsste mit einem Einbruch der Industrieproduktion um acht Prozent und des Bruttoinlandsprodukts um sechs Prozent gerechnet werden. Rund 900.000 Arbeitsplätze wären bedroht. Sollte es zu einer Aufwertung um 40 Prozent kommen, dann würde das Bruttoinlandsprodukt um neun Prozent abstürzen. Weit mehr als eine Million Arbeitsplätze – 1,3 Millionen – wären gefährdet.

Auch die politischen Folgen wären dramatisch: Mit dem Euro steht und fällt der europäische Integrationsprozess. Sicher, wir sind weit entfernt von einem sozialen Europa. Aber wenn der bisher erreichte Stand der europäischen Integration – auch mit all seinen Schattenseiten – zerfällt, ist der Weg zu einem sozialen und solidarischen Europa allemal verbaut. Die Rückkehr zu einem Europa der Nationalstaaten droht dann auf der politischen Agenda zu stehen. Nationalchauvinistische Anschauungen drohen verstärkt Zulauf zu bekommen.

WAS GETAN WERDEN MUSS

Stopp der Austeritätspolitik – für ein sozial-ökologisches Zukunftsprogramm!

Die brutale, krisenverschärfende Kürzungspolitik muss beendet werden. Ein sofortiger Stopp der Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen sowie der Massenentlassungen ist geboten. Vielmehr ist vor allem für die Krisenländer ein Wiederaufbauprogramm der Wirtschaft notwendig. Der französische Präsident François Hollande, der italienische Ministerpräsident Enrico Letta oder der Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, fordern in unterschiedlichem Umfang Wachstumsimpulse für die Wirtschaft. Jedoch sind die Ansätze viel zu verhalten und letztlich wird gleichzeitig der Austeritätspolitik das Wort geredet. Man kann jedoch nicht Gas geben und gleichzeitig bremsen. Hollande bereitet neben Wachstumsimpulsen faktisch die Übernahme der deutschen Agenda 2010 mit Lohn- und Rentenkürzungen in seinem Land vor. Ein sogenannter Wachstumspakt ist aber nur glaubwürdig, wenn die beschlossenen Maßnahmen vom Volumen her und der zeitlichen Wirkung dazu geeignet sind, Europa, vor allem die Krisenländer, von der Rezession zu befreien und für ein nachhaltiges Wachstum zu sorgen. Eine bloße Aufstockung der Kreditvergabekapazität der Europäischen Investitionsbank (EIB) um 60 Milliarden Euro ist bei Weitem nicht ausreichend. Gemessen an der Wirtschaftsleistung der EU von 12,7 Billionen Euro sind das lediglich 0,5 Prozent.

Außerdem steht die EU auch unabhängig von der aktuellen Krise vor enormen gesellschaftlichen Aufgaben. Die Umstellung der Wirtschaft auf eine weitestgehend umweltschonende Produktion und die Energiewende sind existenzielle Menschheitsaufgaben, die keinen Aufschub mehr dulden. Wir brauchen ein europaweites sozial-ökologisches Zukunftsprogramm im Umfang von mindestens 600 Milliarden Euro jährlich. Dies entspräche einem Anteil von fünf Prozent an der europäischen Wirtschaftsleistung.

Eine seriöse Finanzierung des 600-Milliarden-Zukunftsinvestitionsprogramms für Europa ist mittels der Abschöpfung des riesigen privaten Vermögens einer kleinen Minderheit von Superreichen möglich: In der EU stehen 40 Billionen Euro Vermögen der privaten Haushalte 10 Billionen Euro Schulden der öffentlichen Haushalte gegenüber. In Deutschland sollte eine Millionärsteuer, also die Besteuerung von Vermögen, die größer als eine Million Euro sind, eingeführt werden. Bei einem Steuersatz von fünf Prozent ist für Deutschland ein Aufkommen von mindestens 80 Milliarden Euro im Jahr zu erwarten. Überträgt man diesen Ansatz auf die gesamte EU, so dürften mindestens 300 Milliarden Euro jährliche Mehreinnahmen zu erzielen sein. Dies würde ausreichen, um das Investitionsprogramm von 600 Milliarden Euro zu finanzieren, denn derartige Investitionen bewirken geringere Sozialausgaben und steuerliche Mehreinnahmen. So ergibt sich unter dem Strich ein Selbstfinanzierungseffekt von mindestens 50 Prozent.

Kurzfristig notwendige Anschub- und Umstellungsinvestitionen sollen dabei nicht über den Kapitalmarkt, sondern durch einen Kredit bei einer öffentlichen Bank finanziert werden. Die Bank für öffentliche Anleihen soll sich Geld bei der EZB zum jeweiligen Leitzins, aktuell 0,5 Prozent, leihen und ohne Aufschlag an die Euro-Staaten weiterreichen können. Neben dem wegfallenden Erpressungspotential des Kapitalmarkts gegenüber den Staaten hat das den Vorteil, dass die Zinsen niedriger sind. Außerdem ist dies der einzige wirklich Erfolg versprechende Weg, um die Macht der Ratingagenturen bei der Staatsfinanzierung auszuschalten.

Abbau der Ungleichgewichte durch Stärkung der Binnenökonomie in Deutschland

Klar ist, dass die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte nicht durch Sozial- und Lohnkürzungen ausgeglichen werden können, da sie die Binnenökonomie des jeweiligen Landes zerstören. Die von Deutschland ausgehenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind die zentrale Ursache der Krise. Die Entwicklung der Lohnstückkosten zeigt dies deutlich: Alle Länder weisen einen ähnlichen Entwicklungspfad auf. Lediglich Deutschland ist mit seinem Lohndumping und dem Drücken der Lohnnebenkosten einen unfairen Sonderweg gegangen. Ohne die Überwindung der deutschen Dumpingpolitik können die Probleme der europäischen Wirtschaft nicht gelöst werden. Zentrale Richtschnur muss die Stärkung der Binnenwirtschaft sein. Dies beinhaltet vor allem deutlich größere Lohnsteigerungen und eine Ausweitung der staatlichen Ausgaben für den sozial-ökologischen Umbau des Landes.

Lohndumping in Deutschland beenden

Die Tarifeinkommen müssen wieder deutlich stärker steigen, sodass nicht nur der verteilungsneutrale Spielraum ausgeschöpft wird, sondern darüber hinaus der Lohnrückstand der vergangenen Jahre wieder aufgeholt wird. Hierzu gehört vor allem, dass die Tarifbindung deutlich erhöht wird. Deshalb ist es notwendig, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln zu verbessern.

Die prekäre Beschäftigung muss beendet werden. Wir brauchen eine neue Ordnung in der Arbeitswelt. Bei der *Leiharbeit* ist neben anderen Regulierungen vor allem der Grundsatz der gleichen Bezahlung zuzüglich einer Flexibilitätsprämie durchzusetzen. Perspektivisch ist Leiharbeit zu verbieten. *Befristete Arbeitsverhältnisse* dürfen nur in eng

begrenzten, sachgrundbezogenen Ausnahmefällen zulässig sein. *Minijobs* müssen von der ersten Stunde an in voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verwandelt werden. Die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten müssen zusätzlich gesetzlich gestärkt werden. Hierzu gehört die Einführung eines *Verbandsklagerechts*. Dann könnten Gewerkschaften die Einhaltung von Tarifverträgen gerichtlich durchsetzen. Bislang muss dazu der oder die betroffene Arbeitnehmer/in selbst aktiv werden. Dies scheitert aber häufig an Unkenntnis über die eigenen Rechte und Angst vor Sanktionen des Arbeitgebers. Zudem muss es erleichtert werden, Tarifverträge für *allgemeinverbindlich* zu erklären. Zukünftig sollte dafür der Antrag einer Tarifvertragspartei hinreichend sein. Auch der Schutz von Beschäftigten bei einem *Betriebsübergang* ist zu gewährleisten. Beim Wechsel des Inhabers eines Betriebs sollten die alten Tarifverträge in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben.

Das *Sanktionsregime von Hartz IV* beziehungsweise der Zwang zur Aufnahme jedes noch so mies bezahlten Jobs müssen beseitigt werden. Es ist nicht nur unsozial, sondern führt auch zur Einschüchterung der Beschäftigten. Mit der Angst vor Leistungsentzug sind sie erpressbar. Als Sofortmaßnahme ist eine bedarfsorientierte, repressionsfreie Grundsicherung in Höhe von 500 Euro zuzüglich Kosten der Unterkunft umzusetzen. Dies würde nicht nur die Lebenslage der Betroffenen deutlich verbessern, sondern zwölf Milliarden Euro zusätzliche Kaufkraft erzeugen.

Der Hunger- und Niedriglohnsektor muss trockengelegt werden. Deshalb muss der gesetzliche *Mindestlohn* von zehn Euro eingeführt werden. So kann die Lebenslage von fast acht Millionen Beschäftigten verbessert werden und die Einkommen können um 26 Milliarden Euro steigen. Dies wäre ein deutlicher Beitrag zu Stärkung der privaten Binnennachfrage.

Die ehemalige *Rentenformel* muss wiederhergestellt werden. Dazu gehört, dass die bislang den RentnerInnen vorenthaltenen Rentenerhöhungen – im Wesentlichen die sogenannte «Riester-Treppe» – sofort nachgezahlt werden. Die Binnennachfrage würde um sieben Milliarden Euro gestärkt.

Eine gestärkte Binnennachfrage würde nicht nur die Binnenwirtschaft ankurbeln, sondern auch zu höheren Importen führen. So kann ein Beitrag geleistet werden, die Exportüberschüsse abzubauen. Mit mehr deutschen Importen können andere Länder deutsche Exporte kaufen und vor allem auch bezahlen!

Sozial-ökologisches Zukunftsprogramm

Zur Stärkung der Binnennachfrage gehört der massive Ausbau des Sozialstaates, der ökologische Umbau und die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen. Dies kann mit einem Zukunftsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro umgesetzt werden. Das Zukunftsprogramm muss dauerhaft sein und dauerhaft Arbeitsplätze schaffen, allein eine Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Eine zweite Million muss durch Aufträge des Staates an die Privatwirtschaft entstehen.

Das Zukunftsprogramm führt zu einer Verringerung der Exportabhängigkeit. In vielen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie würde die Nachfrage aus dem Inland deutlich steigen. Denn: Mit dem ökologischen Umbau entsteht beispielsweise die Nachfrage nach einem verbesserten öffentlichen Personen-Verkehrssystem oder dem Ausbau regenerativer Energieerzeugung. So kann ein Teil der industriellen

Exportproduktion durch die Nachfrage aus der Binnenwirtschaft ersetzt werden. Dies ist vor allem wichtig, um die Möglichkeit zu deutlich höheren Löhnen in der Exportindustrie zu befördern. Höher Löhne bedeuten dort auch immer eine Beeinträchtigung der Absatzchancen im Ausland, weil die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sinkt. Damit ist im Grundsatz eine Gefährdung von Arbeitsplätzen verbunden. Deshalb ist es verständlich, dass insbesondere die IG Metall bei Lohnrunden immer den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie im Auge hat. Wenn jedoch durch ein Zukunftsprogramm die Nachfrage nach Industriegütern im Inland deutlich ansteigt, kann diese Rücksichtnahme in den Hintergrund treten. Fortfallende Beschäftigung im Exportgeschäft kann dann mit Aufträgen durch die Binnennachfrage ersetzt werden.

Mit mehr Importen durch eine gestärkte Binnennachfrage und einer Verringerung der Exporte durch mehr Aufträge aus dem Inland kann der Exportüberschuss beseitigt und außenwirtschaftliches Gleichgewicht hergestellt werden.

Chancen für die richtigen Schritte?

Die richtigen Schritte, um eine Kehrtwende einzuleiten, sind: Stopp der Austeritätspolitik, Aufbauprogramme, insbesondere für die Krisenländer, eine stärkere binnenwirtschaftliche Fundierung der deutschen Ökonomie mit deutlich höheren Löhnen und ein Zukunftsprogramm. So kann der Euro gerettet und die Perspektive eines geeinten, friedlichen und solidarischen Europas gewahrt werden.

Eine solche Kehrtwende ist aber nicht absehbar. Gerade in Deutschland sind keine konsequente Stärkung der Binnennachfrage und kein Abbau der Außenhandelsüberschüsse erkennbar. Aber auch von einer Regierung aus SPD und Grünen, die alle Entscheidungen im Bundestag zum Lohn- und Sozialabbau in den Krisenländern mitgetragen haben, ist keine konsequente Orientierung auf eine Stärkung der Binnenwirtschaft zu erwarten. Selbst der designierte Arbeits- und Sozialminister einer SPD-Grünen-Regierung, Klaus Wiese, eigentlich ein gewerkschaftlicher Kritiker der Agenda-Politik – verteidigt das Sanktionsregime von Hartz IV. Ohne Beseitigung dieser Disziplinierungspeitsche für Millionen von Beschäftigten werden Lohnsteigerungen oberhalb des verteilungsneutralen Spielraums sehr unwahrscheinlich. Damit muss mit weiteren erheblichen Außenhandelsüberschüssen Deutschlands gerechnet werden.

Es hat auch kaum eine Wirkung, wenn vom Ausland oder internationalen Organisationen wie IWF oder OECD höhere Löhne in exportstarken Staaten wie Deutschland gefordert werden. Die Borniertheit und Engstirnigkeit der politischen Klasse, insbesondere der Bundesregierung, ist scheinbar durch nichts zu erschüttern.

Ausstieg aus dem Euro?

Bereits seit geraumer Zeit wird in Wissenschaftskreisen – zum Beispiel von Heiner Flassbeck oder von Wolfgang Streeck – über Alternativen jenseits des Euro diskutiert. Auch Oskar Lafontaine hat in Sorge um das europäische Projekt einen Vorschlag gemacht: die Rückkehr zu nationalen Währungen, die «kontrollierte Abwertung und kontrollierte Aufwertung über ein von der EU getragenes Wechselkursregime». Dazu seien im ersten Schritt strikte Kapitalverkehrskontrollen unumgänglich, um die Kapitalströme zu regulieren.

Jedoch: Die Rückkehr zum Europäischen Währungssystem (EWS) dürfte mindestens genauso schwierig durchsetz-

bar sein wie zum Beispiel der Stopp der Austeritätspolitik. Allein deshalb macht es wenig Sinn, eine vorwärts gerichtete Politik gegen ein Rollback in nationale Währungen auszutauschen.

Zudem wäre die Forderung nach einer Rückkehr zum EWS viel schwerer zu kommunizieren, es wäre schwerer, dafür zu mobilisieren als für Forderungen nach höheren Löhnen, nach dem Mindestlohn, gegen Leiharbeit, gegen Befristungen, Minijobs und so weiter. Diese knüpfen an vielfältige soziale Auseinandersetzungen an und sind deshalb eher vermittelbar. Außerdem birgt die Wiedereinführung des EWS die Gefahr in sich, dass es zu einer schnellen, unkontrollierten Aufwertung einer neuen deutschen Währung kommt. Arbeitsplatzverluste in erheblichem Ausmaße würden drohen.

Dass als Notmaßnahme über den Ausstieg aus dem Euro diskutiert wird, hier in Deutschland, aber auch in den Krisenländern, hilft, deutlich zu machen, wie verzweifelt die Lage ist. Denn unstrittig ist auch, dass für den Fall des Zerbrechens des Eurosystems die Wiedereinführung des EWS mit Kapitalverkehrskontrollen die bessere Alternative gegenüber einem völlig unkontrollierten Prozess darstellt.

Als nach vorne gerichtete Politik bleibt der Kampf um die Änderung der deutschen Wirtschaftspolitik vorrangig – vor allem durch deutliche Lohnerhöhungen und ein groß angelegtes Zukunftsprogramm – und die solidarische Unterstützung der Kräfte, die sich in den Krisenländern für eine andere Politik einsetzen.

Widerstand der Krisenopfer

Eine Kehrtwende der deutschen Politik von innen heraus ist kurzfristig nicht sehr wahrscheinlich. Teile der Beschäftigten hierzulande sind selbst Opfer neoliberaler Politik und durch Disziplinierungsprozesse in die politische Defensive geraten, mancherorts geradezu in Apathie verfallen. Andere Teile der Beschäftigten stehen besser da, sehen vor allem, dass sich ihre Situation im Unterschied zur Situation der Menschen in anderen europäischen Ländern deutlich stabiler darstellt. Zum Teil sind sie mittels korporativer Politikmodelle eingebunden und selbst Träger sowie Unterstützer des gegenwärtigen deutschen Politikmodells. Dass die Fortsetzung der gegenwärtigen, auf Wettbewerbskorporatismus setzenden Politik letztlich droht, in einem großen Crash zu enden und viele Beschäftigte mitzureißen, ist nicht Teil des Alltagswissens.

Wenn die Krisenländer gemeinsam auftreten und sich gegen die vor allem von Deutschland ausgehende Austeritätspolitik wehren würden, bestünden Chancen für eine Änderung der deutschen Politik. Es gibt ein Drohpotenzial: Die Krisenländer könnten Deutschland mit dem Ausschluss aus dem Euro drohen oder mit dem gemeinsamen Austritt und der Neugründung einer gemeinsamen Währung. Beides liefe auf das Gleiche hinaus: Die Krisenländer würden damit drohen, aus dem Währungsgefängnis auszubrechen. Dies hätte schwerwiegende Folgen, denn eine faktische neue deutsche Währung würde massiv aufwerten und die Exportfähigkeit kollabieren. Dies anzudrohen, wäre die Waffe der Opfer der deutschen Politik.

Bislang wird sie nicht genutzt, da die Regierungen der Krisenländer selbst den neoliberalen Heilslehren aufsitzen. Hinzu kommt, dass reaktionäre Kräfte, die die jeweiligen nationalen Kapitalinteressen vertreten, Lohn- und Sozialabsenkungen begrüßen. Merkel hat in den Krisenländern auf der

Kapitalseite ihre Bündnispartner. Selbst die französische Regierung Hollande, die bislang eher noch einen Widerpart zu Merkel darstellt, scheint langsam einzuknicken und bekundet, die Agenda 2010 nach Frankreich importieren zu wollen.

Damit es zu einem wirksamen Widerstand aus den Krisenländern kommt, müssen dort andere Regierungen an die Macht kommen, die sich nicht selbst zum Büttel gegen die eigene Bevölkerung machen lassen und die Austeritätspolitik durchsetzen. Am weitesten ist die Entwicklung in Griechenland. SYRIZA unterlag bei den Wahlen im Juni 2012 nur knapp der Nea Demokratia. Ein Machtwechsel war in greifbarer Nähe und ist bei weiteren Wahlen möglich. SYRIZA und ihr Vorsitzender Alexis Tsipras werden die von der Troika aufgezwungene Austeritätspolitik nicht fortsetzen. Sie wissen: Wenn die Troika ihre Drohung wahr machen würde, Griechenland weitere Kredite vorenthalten und das Land damit in den Kollaps treiben würde, würde Deutschland am meisten verlieren – seine Forderungen in zweistelliger Milliardenhöhe. Vor allem aber würde der Druck auf die Zinsen der Länder wie Italien und Spanien zurückkehren. Die schwelende Krise würde wieder auflodern. Kein europäischer Rettungsring kann dann helfen, weil diese Länder viel zu groß sind. Mit dem Fall Griechenlands würde letztlich der Zerfall des Euro drohen. Nicht nur die Griechen müssten die Drachme wieder einführen, sondern auch die Deutschen die D-Mark. Hierzulande würde eine weitere europäische Krisenregion entstehen: Die neue deutsche Währung würde abrupt um 30 bis 40 Prozent

aufwerten – schlagartig wäre die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile der deutschen Exportwirtschaft dahin.

Dieser Mechanismus ist auch deutschen Politikern bekannt. Finanzminister Schäuble antwortete mir auf die Frage, was geschehen würde, wenn eine Regierung nicht der deutschen Erpressung nachgeben würde: «Die Lage ist wie früher im Kalten Krieg. Es herrscht ein Gleichgewicht des Schreckens.» Der Vergleich ist zwar etwas schräg, Schäuble ist sich jedoch bewusst, dass es sich faktisch um ein brutales Pokerspiel handelt. Bislang saß er immer auf der Seite der Gewinner, auf der Seite derjenigen, die geblufft haben.

DER EURO KANN GERETTET WERDEN ...

wenn Deutschland zu einer Änderung seiner Politik gezwungen wird. Dazu müssen die WählerInnen der Krisenländer Regierungen durchsetzen, die sich dem neoliberalen Diktat der Austeritätspolitik widersetzen.

Und in Deutschland muss eine starke linke Opposition von innen den Druck auf die Agenda-2010-Parteien erhöhen, um dem deutschen Exportextremismus die Zähne zu ziehen.

Michael Schlecht absolvierte ein Studium der Volkswirtschaft an der FU Berlin. Danach arbeitete er als Gewerkschaftssekretär, seit 2001 als Chefvolkswirt beim ver.di-Bundesvorstand in Berlin. Seit 2009 ist er Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE und Chefvolkswirt der Linksfraktion im Bundestag.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Martin Beck
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Juli 2013
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

STANDPUNKTE 2013

09/2013

CORNELIA HILDEBRANDT / HORST KAHRS /
HARALD PÄTZOLT
Nach acht Jahren Merkel: No trouble?

08/2013

GÜNTHER SALZ
Müll für Menschen

07/2013

MARIO CANDEIAS
No Exit – Falsche Gegensätze in der Euro-Debatte

06/2013

THOMAS SABLowski / ETIENNE SCHNEIDER
Verarmung made in Frankfurt/M.

05/2013

LÜHR HENKEN / PETER STRUTYNSKI
Händler des Todes

04/2013

JUDITH DELLHEIM / FRIEDER OTTO WOLF /
GABI ZIMMER
Offene Fragen zu Europa

03/2013

ULRICH BRAND / ULLA LÖTZER /
MICHAEL MÜLLER / MICHAEL POPP
Big Business Emissionshandel

02/2013

CHRISTOPH NITZ
Gegen Mittelmaß und Murks

01/2013

MERCEDES BUNZ
Ein Besuch beim neuen Monster

STANDPUNKTE 2012

17/2012

JAN KORTE
Wahn und Wirklichkeit

16/2012

JÖRG ROESLER
Auf dem Weg zum Einwanderungsland

15/2012

SEBASTIAN FRIEDRICH / HANNAH SCHULTES
Bedrohung Salafismus?

14/2012

WOLFGANG WIPPERMANN
Verweigerte Wiedergutmachung

13/2012

HELGE MEVES / TOBIAS SCHULZE
Betriebssysteme und die Krise der Demokratie:
Was lernen wir aus dem Aufstieg der Piraten?

12/2012

MARKUS MOHR
Vier Tage im August

11/2012

ROLF REISSIG
Ein umstrittener Dialog und seine Folgen

10/2012

VOLKER EICK
Hier steuert der Staatsschutz

09/2012

HORST KAHRS / HARALD PÄTZOLT
Zurück zur Wählerschaft

08/2012

DOMINIC HEILIG / TORSTEN HASELBAUER
Griechenland – vor der Wahl ist nach der Wahl

07/2012

ETHAN YOUNG
Die gekaufte Schlammschlacht

06/2012

ISABEL ERDEM / WOLFGANG NEŠKOVIĆ
Sanktionen bei Hartz IV: unbedingt verfassungswidrig!

05/2012

MARIO KESSLER / KLAUS LEDERER
DIE LINKE, Israel und der Antisemitismus: Thema beendet?

04/2012

RENÉ SCHUSTER
Braunkohlerepublik Brandenburg?

03/2012

ULRICH BUSCH
Finanzindustrie – Begriff,
volkswirtschaftliche Bedeutung, Kritik

02/2012

CHRISTOPH NITZ
Schnittstellen: Dialog, Synergien und Macht

01/2012

VORSTAND DES REPUBLIKANISCHEN
ANWÄLTINNEN- UND ANWÄLTEVEREINS
Rechtsstaat auf sächsisch